

06. Juni 2007

Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2006

Inhaltsverzeichnis

1.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission	S. 1
1.1.	Allgemeine Bemerkungen	S. 1
1.2.	Informationen zu den einzelnen Themenbereichen	S. 1
2.	Stellungnahmen des Gemeinderats zu Fragen und Anmerkungen der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht 2006 des Gemeinderats	S. 2
3.	Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung	S. 7
4.	Antrag	S. 8

Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2006

1. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission

1.1 Allgemeine Bemerkungen

In diesem Berichtsjahr setzte sich die Geschäftsprüfungskommission mit den Seiten 5 - 10 und 34 - 53 des Hauptberichts des gemeinderätlichen Geschäftsberichts 2006 auseinander.

Die GPK wurde während dem Geschäftsjahr laufend über die aktuellen Ereignisse in der Verwaltung sowie im Gemeinderat informiert. Die GPK bedankt sich an dieser Stelle beim Gemeinderat und beim Gemeindeverwalter für die stets offene und sachliche Informationspolitik und Zusammenarbeit.

Mit der neuen Legislatur lud die GPK die Präsidien der Fikoko und Sachkommissionen zu einem Gespräch ein, um die Zuständigkeiten und Abgrenzung der einzelnen Kommissionen zu klären.

Die GPK behandelte im Speziellen folgende Themen:

- Familiengärten Weilmatten
- Subventionen und Beiträge
- Schlussabrechnungen Gartengasse und Maienbühlhof
- S-Bahn-Station Niederholz - Kostenfehlberechnung (Projektierungskredit)
- Benchmarking Sozialhilfe
- Besuch der Abteilung Finanzen und Steuern: Organigramm, EDV / NEST / Datenzugriff, Pensionskasse, Bewirtschaftung Verlustscheine, Gemeinkostenumlagen

1.2 Informationen zu den einzelnen Themenbereichen

Familiengärten Weilmatten

Die Subkommission der GPK befasste sich eingehend mit der gemeinderätlichen Entscheidung, die durch die Baurekurskommission aufgehobenen Abbruchverfügungen ans kantonale Verwaltungsgericht weiterzuziehen, und legte zu Händen des Einwohnerrats einen kritischen Bericht vor.



Seite 2 *Subventionen und Beiträge 2006*

Auf Wunsch der GPK wird die Verwaltung zukünftig eine vollständige Auflistung der Gemeindebeiträge und -subventionen erstellen, die es erlaubt, Richtlinien und Tendenzen über einige Jahre zu verfolgen.

Schlussabrechnungen Gartengasse und Maienbühlhof

Anhand der per Ende des Berichtsjahres immer noch nicht vorliegenden Schlussabrechnung des Maienbühlhofs wurde die GPK über die diesbezügliche Praxis der Verwaltung orientiert. Diese sieht vor, einen nicht voll ausgeschöpften einwohnerrätlichen Kredit möglichst lange offen zu lassen, um allfällige Nach- oder Zusatzarbeiten praktischerweise direkt und ohne neuen Kredit ausführen zu können.

Wie die Revisionsstelle hält auch die GPK diese Praxis zumindest für diskussionswürdig. Schlussabrechnungen sollten ihrer Meinung nach innert eines halben Jahres nach Inbetriebnahme/Baubezug erwartet werden können.

Besuch der Abteilung Finanzen und Steuern

Die GPK liess sich über das neue Abteilungsorganigramm orientieren. Beim Besuch in der Abteilung hat sich die GPK vor allem über die Themen Informatik-Sicherheit und Datenzugriff, Steuereinzug per NEST, Leistungsverrechnung, Belegarchivierung, Verlustscheinbewirtschaftung und Pensionskasse informieren lassen.

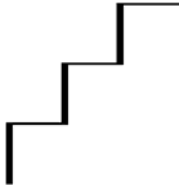
2. Stellungnahmen des Gemeinderats zu Fragen und Anmerkungen der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht 2006 des Gemeinderats

Die GPK hat den Gemeinderat um Auskunft zu verschiedenen Geschäftsbereichen gebeten. Die Antworten der Mitglieder des Gemeinderats sind nachstehend auszugsweise abgedruckt.

a) S.9: In „Relevante Abweichungen im Vergleich zum Budget 2006“:

1. Abs.: Was für Bussen sind damit gemeint?

Hier handelt es sich um Steuerrevisionen, welche vom Kanton bei Verdacht auf Steuerhinterziehung durchgeführt werden. Dies kann zu einem Nachsteuerverfahren führen, gekoppelt mit einer Steuerbusse. Es ist anzunehmen, dass die Steuerbussen tendenziell zunehmen werden, da seit 2006 die Firmen die Lohnausweise der MA direkt an die Steuerverwaltung senden müssen.



2. Abs.: Erwähnt wird, dass im Produkt „Kindergärten und Tagesbetreuung“ weniger Personalkosten angefallen seien als budgetiert. Auf Seite 10 steht diesbezüglich etwas Gegenteiliges. Wie ist das zu verstehen?

Es ist beides korrekt. Im Budget 2006 wurden Personalkosten für einen zusätzlichen Kindergarten eingeplant. Auf Grund der definitiven Neuanmeldungen im Frühjahr 2006 musste dann kein zusätzlicher Kindergarten im 2006 eröffnet werden. Gleichzeitig musste im 2006 aber mehr Förderunterricht als im 2005 erteilt werden. Daher sind im Vergleich zur Rechnung 2005 die Personalkosten der Rechnung 2006 höher, aber die budgetierten Personalkosten 2006 zur Rechnung 2006 niedriger.

b) S. 34: Abbau der Überzeit: Gibt es Mitarbeitende mit regelmässiger Überzeit? Wenn ja, was wird dagegen vorgekehrt?

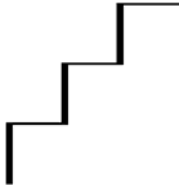
Ende 2006 waren es zum Teil dieselben Mitarbeitenden, die bereits im 2005 Mehrleistungen erbracht hatten. Die Geschäftsleitung und die Vorgesetzten wirken im 2007 streng darauf hin, dass Mehrleistungen die im Personalrecht festgelegten monatlichen Limiten (max. + 80 resp. - 40 Std.) nicht überschreiten. Begründete, zeitlich limitierte (z.B. projektbezogene) Ausnahmen sind jedoch möglich. Mehrleistungen beruhen in der Regel auf einer Summe von kleineren oder grösseren, jedoch zeitlich befristeten Zusatzaufträgen.

c) Ist geplant, mehr Lehrstellen zu schaffen?

Es ist nach wie vor ein Ziel, weitere Lehrstellen zu schaffen. Der Umstand, dass in der Verwaltung viele Berufe von Einzelpersonen oder kleinen Teams mit knapp bemessenem Pensenumfang ausgeübt werden, wirkt sich auf die Schaffung neuer Lehrstellen kontraproduktiv aus. Erschwerend kommt hinzu, dass die Berufsbildungen bekanntlich gesamtschweizerisch revidiert werden. Betroffen sind auch Berufe, die wir bereits ausbilden (z.B. Betriebspraktiker, zweijährige KV-Attestausbildung). Die Neuerungen bringen vermehrten Aufwand für die Berufsbildenden mit sich: Es müssen Arbeits- und Lernsituationen sowie Prozesseinheiten konzipiert werden. Für diese werden mehrere interne Prüfungen, die für den Abschluss relevant sind, durchgeführt. Zusammen mit den knappen Betreuungskapazitäten machen die vielfältigen, mit der Reform quantitativ und qualitativ gestiegenen Lernziele ein seriöses Angebot schwierig. Dennoch werden im 2007 weitere Berufe bezüglich Schaffung von Lehrstellen überprüft. Zudem werden Möglichkeiten für Kooperationen mit externen Firmen gesucht.

d) S. 40: Ist unter „e“ die um insgesamt CHF 1.8 Mio. aufgeführte Aufwertung des Bilanzwertes des Gemeindespitals trotz dessen mässigen Jahresergebnisses gerechtfertigt?

Diese Aufwertung war budgetiert. Relevant für den Wert des Dotationskapitals ist der langfristige Wert des Gemeindespitals. Die Aufwertung ist vertretbar und wurde von der Revision akzeptiert.



e) S. 52: Pos. 3-08.1.01.07 - Wieso ist das laufende Projekt Kohlistieg im Minus?

Beim Kohlistieg wurde der bewilligte Kredit nur um 4.6% und um weniger als CHF 200'000 überschritten, so dass die Mehrkosten in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Mehraufwendungen entstanden bei der Entsorgung des alten Strassenbelags, der stark teerhaltig war, und infolge des schlechten Baugrunds.

f) S. 52, Pos. 4-03.1.03.07 - Wieso ist die Gartengasse unter abgerechneten Projekten zu finden. Besteht eine Bauendabrechnung mit Mehraufwand?

Das Projekt ist nun abgerechnet und endet mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 230'203.05. Der Betrag ist fälschlicherweise unter der Spalte 11 statt 12 aufgeführt. Die Kostenunterschreitung ist unter anderem auf die wirtschaftliche Lage zurückzuführen. Zahlreiche Aufträge konnten unter dem im Kostenvoranschlag eingesetzten Betrag vergeben werden. Weiter mussten die im Kostenvoranschlag vorgesehenen Reservepositionen für Unvorhergesehenes nur zu einem kleinen Teil in Anspruch genommen werden.

g) Zur Pensionskasse:

Weshalb können die jährlichen Kosten der Pensionskasse nicht zuverlässiger budgetiert werden?

Wie schon verschiedentlich ausführlich dargelegt wurde, basiert die Budgetierung der jährlichen PK-Zusatzkosten auf drei Hauptkomponenten:

- Vorjahre
- Information PKBS
- Annahme Teuerungssatz für Planjahr

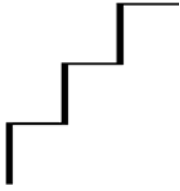
Allen drei Komponenten liegen grosse Unsicherheiten zu Grunde.

Versicherungstechnische Zusatzkosten:

Im Zeitpunkt der Budgetierung wurden drei Vorjahre als Grundlage zugezogen:

2002	Gutschrift	34'000
2003	Gutschrift	398'000
2004	Belastung	120'000

Es wurde davon ausgegangen, dass sich die zukünftigen Zahlen verschlechtern werden, somit wurden im Budget 2005 und 2006 je CHF 200'000 für die versicherungstechnischen zusätzlichen Kosten eingesetzt. Im IST wurden rund CHF 970'000 in Rechnung gestellt. Im Nachhinein muss festgestellt werden, dass die höheren Kosten aus den neuen versicherungstechnischen Grundlagen (EVK-2000) zu wenig berücksichtigt wurden, dass einige Beförderungen stärker zu Buche schlugen, dass sich die Altersstruktur leicht verschlechterte und damit verteuerte (besonders im Kader) etc. Zudem waren in den früheren Jahren offensichtlich viel weniger Einkaufskosten aus Übertritten von Abteilung II in Abteilung I enthalten.



Trifft der Eindruck zu, dass Beschönigungen der Jahresrechnung nach wie vor - auch mit dem neuen Rechnungsmodell - möglich sind (solange die Arbeitgeberbeitragsreserve einen positiven Saldo aufweist und noch andere Rückstellungen vorhanden sind)?

Durch Bildung oder Auflösung der Arbeitgeberbeitragsreserve wird das Jahresergebnis in der Tat beeinflusst. Dies ist auch nicht verwerflich, solange entsprechende Transparenz sichergestellt ist. Dies ist auch der Grund, wieso jeweils im Geschäftsbericht unter VI. Ressourcen so ausführlich über die Kosten der Pensionskasse sowie über die Veränderung der Arbeitgeberbeitragsreserve berichtet wird.

Zur teilweisen Entnahme aus einer Rückstellung aus dem Jahre 2002: Um welche Rückstellung handelt es sich? Wie viel ist von dieser Rückstellung noch übrig? Wie viele und welche solcher Rückstellungen sind sonst noch vorhanden? D.h. gibt es noch viele solche "Kässeli", "stille Reserven" und Ähnliches? Ist dies PRIMA-konform? In welchem Passivposten (Reserve) der Bilanz war die Rückstellung enthalten?

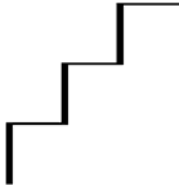
Die erwähnte Rückstellung wurde im Jahr 2002 in der Höhe von CHF 500'000 gebildet, weil damals wenig PK-Kosten anfielen, dies weil durch einen Regierungsratsbeschluss die Übertritte von der Abteilung II in Abteilung I aufgeschoben wurden. Nachdem nun die aufgeschobenen Übertritte im Berichtsjahr zum Teil wieder nachvollzogen wurden, konnte ein Teil dieser Rückstellung verwendet werden, um die entsprechenden Zusatzkosten aufzufangen.

Es wurde die ganze Rückstellung aufgelöst; davon wurden CHF 300'000 verwendet, um die Arbeitgeberbeitragsreserve weiter zu äufnen. Die Rückstellung war in den transitorischen Passiven enthalten, weil es sich bei den aufgeschobenen Übertrittskosten um „latente Verpflichtungen“ handelte.

Es bestehen weitere Rückstellungen, diese müssen immer betriebswirtschaftlich begründet sein (Sanierung Deponien im Maienbühl, Taggeld-Rückstellung etc.). Stille Reserven oder Ähnliches gibt es in der neuen Rechnungslegung prinzipiell nicht mehr. In der Praxis besteht in Bewertungsfragen jedoch ein Ermessens- und Unsicherheitsspielraum. Bezogen auf die gesamte Bilanzsumme liegen daraus resultierende Ungenauigkeiten aber im Bereich des Tolerierbaren und sind nicht relevant.

Ist diese Art der Verbuchung in Ordnung und entspricht sie allgemeinen Buchführungsstandards? Ist diese Verbuchungsart gesund und nachhaltig? Oder werden die jetzigen Versicherten auf Kosten von kommenden Generationen oder des Steuerzahlers saniert?

In der Praxis ist es allgemein üblich, die Arbeitgeberbeitragsreserve zu äufnen und zu verwenden. Die Bildung der Rückstellung im Jahr 2002 war geradezu zwingend, bestanden



doch die entsprechenden Verpflichtungen auch tatsächlich. Gerade diese Verbuchungspraxis betrachtet der Gemeinderat als nachhaltig.

Mit den einzelnen Versicherten hat diese Arbeitgeberbeitragsreserve überhaupt nichts zu tun. Theoretisch könnte der Arbeitgeber wohl bestimmen, dass aus dieser Reserve Gutschriften auf persönliche Konten aller Versicherten vorgenommen würden. Dazu hätte der Gemeinderat aus der Besoldungsordnung und aus dem Anschlussvertrag jedoch keine Kompetenz. Eine solche Gutschrift wurde in der Vergangenheit auch noch nie vorgenommen. Die jetzigen Versicherten wurden somit weder zu Lasten kommender Versichertengenerationen noch zu Lasten der Steuerzahler „saniert“. Ebenso wenig hat diese Verbuchungspraxis irgendwelche Nachteile für die Genannten.

Inwieweit kann der Saldo der Arbeitgeberbeitragsreserve für die nächsten Jahre prognostiziert werden?

Eine Prognose für die Zukunft ist völlig offen, denn sowohl Äufnung als auch Entnahmen sind nicht budgetiert und sind auch nicht zwingend vorzunehmen.

h) Die nachstehenden Fragen ergaben sich aus der Diskussion mit den Revisoren. Sie wurden ebenfalls vom Gemeinderat beantwortet:

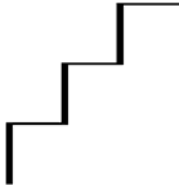
Worin sieht der Gemeinderat den Grund, dass die Steuerschätzwerte in den letzten Jahren generell nicht unerheblich über den tatsächlich erzielten Steuereinnahmen liegen? Warum prognostiziert er offenbar eher optimistisch als konservativ?

Die Schätzungen für die Steuerperioden 2004 - 2006 wurden auf der Grundlage der Daten von 2002 im alten NCR-Programm durchgeführt. Die Daten von 2003 konnten nicht zugezogen werden, da die Daten im NEST-Programm auf Grund des Programmwechsels nicht vollständig waren. Erst im Herbst 2006 konnte mit den Daten von 2004 operiert werden. Im Frühjahr 2006 war die Anzahl der noch nicht veranlagten Steuerpflichtigen mit über 1'000 Personen jedoch zu hoch, was zu einem Schätzfehler führte. Erst Ende 2006 konnte festgestellt werden, dass die Periode 2004 wesentlich weniger Steuererträge bringt als erwartet. Dies wirkte sich auch auf die Schätzung 2005 aus, da für die Schätzung 2005 die Periode 2004 als Basis genommen wurde.

Die Korrektur der ursprünglichen Schätzwerte musste im Geschäftsjahr 2006 gebucht werden, wodurch die Rechnung 2006 wie folgt belastet wurde:

- Korrektur 2004: CHF 1'500'000.00
- Korrektur 2005: CHF 261'125.00

Es muss berücksichtigt werden, dass Abweichungen der Steuereinnahmen von 0% - 5% im Vergleich zu den geschätzten Werten durchaus im Toleranzbereich liegen. Zukünftige Schätzungen werden weiterhin von der Revisionsstelle plausibilisiert werden.



Warum stagnieren die Einnahmen in Riehen oder gehen gar leicht zurück, während die Steuererträge vieler anderer Gemeinwesen derzeit tendenziell eine Zunahme erfahren (Geschäftsbericht S. 5)? Wird auch in Riehen der Aufschwung eintreten?

Es gibt diverse Gründe, weshalb Riehen im Gegensatz z.B. zum Kanton Basel-Stadt bei den Steuererträgen 2006 nicht von der guten Konjunkturlage profitieren konnte. Im Kanton haben die Steuererträge namentlich dank der Gewinnsteuer der juristischen Personen stark zugenommen. Riehen partizipiert jedoch nur am progressiven (und damit am kleinsten) Teil der Gewinnsteuer der juristischen Personen, welche somit nur einen marginalen Teil der Gesamtsteuer darstellt. Im Weiteren muss festgehalten werden, dass sich die guten Resultate der juristischen Personen noch nicht auf die Einkommen der natürlichen Personen ausgewirkt haben. Bei einer guten Konjunkturlage reagieren die Einkommenssteuern der natürlichen Personen mit einer Verzögerung gegenüber der Gewinnsteuer von juristischen Personen, da in der Regel die Gratifikationen, Boni etc. für das Kader erst im Folgejahr ausbezahlt werden und Lohnanpassungen der übrigen Mitarbeiter mit einer weiteren Verzögerung erfolgen. Bei den Vermögenssteuern, welche in der Regel direkt auf die Konjunktur- und Börsenlage reagieren, kann Riehen auch nicht profitieren, da diese bis jetzt ganz vom Kanton vereinnahmt werden.

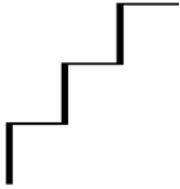
Nicht unwesentlich ist auch die Tatsache, dass Riehen tendenziell eine „Überalterung“ der Bevölkerungsstruktur aufweist, was dazu führt, dass sich eine gute Konjunkturlage bei dieser Bevölkerungsgruppe weniger stark auf die Einkommenssteuern auswirkt.

S. 7: Weswegen wurden die Grundstückgewinnsteuern juristischer Personen beim Kanton nicht eingefordert? Auf wie viele Jahre kann die Rückforderung wirksam gemacht werden? Gibt es weitere Forderungen, die vergessen wurden?

Die Grundstückgewinnsteuern der juristischen Personen wurden seitens des Kantons schlicht vergessen. Seitens der Gemeindeverwaltung wurde davon ausgegangen (Berechnungsgrundlage wird ausschliesslich vom Kanton erstellt), dass diese zusammen mit den Grundstückgewinnsteuern der natürlichen Personen überwiesen werden. Die Grundstückgewinnsteuern werden nun rückwirkend ab 1995 erfasst und überwiesen.

3. Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung

Die Revisionsstelle hat als Schwerpunktthema die Investitionsprojekte Sanierung Küchen/ Bäder Brünnlirain / Lörracherstrasse, Sanierung Kindergarten Niederholz, Umbau Kapelle/ Betriebsgebäude Friedhofweg, Tiefbauprojekt Stettenweg überprüft und einen guten Eindruck gewonnen. Ausserdem empfiehlt sie dem Gemeinderat und der Verwaltung erneut, die offenen Punkte der Pendenzenliste zu terminieren.



Seite 8

Die Geschäftsprüfungskommission hat vom Bericht und den Empfehlungen der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers vom 16. April 2007 Kenntnis genommen. Die Revisionsstelle bestätigt die ordnungsgemässe Rechnungslegung der Gemeinde Riehen ohne Einschränkungen und Vorbehalte und empfiehlt die Genehmigung der Jahresrechnung 2006.

4. Antrag

I. Dem Einwohnerrat wird beantragt, die Produktsummenrechnung, die Investitionsrechnung und die Bilanz der Einwohnergemeinde Riehen für das Jahr 2006, die wie folgt ausgewiesen werden, zu genehmigen:

1. Die Produktsummenrechnung:

Nettoerlöse der neutralen Positionen	CHF	71'294'975.74
Nettokosten der Produktgruppen	<u>CHF</u>	<u>-73'561'697.89</u>
Verlust	CHF	-2'266'722.15

2. Die Investitionsrechnung:

Einnahmen	CHF	201'486.40
Ausgaben	<u>CHF</u>	<u>-6'099'598.64</u>
Nettoinvestitionen	CHF	-5'898'112.24

3. Die Bilanz:

Aktiven	CHF	444'563'238.51
Passiven	<u>CHF</u>	<u>-446'829'960.66</u>
Verlust	CHF	-2'266'722.15

II. Dem Einwohnerrat wird beantragt, die Erfolgsrechnung zur Kenntnis zu nehmen.

Riehen, 6. Juni 2007

Die Präsidentin der
Geschäftsprüfungskommission:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Simone Forcart-Staehelin', written over a horizontal line.

Simone Forcart-Staehelin